

Interpellation Rolf Zbinden (PdA): Berner Burgergemeinde mit der Einwohnergemeinde vereinigen!

Schon vor der Publikation von Katrin Rieders Buch „Netzwerke des Konservatismus“ hat sich die PdA Bern in einer Medienmitteilung vom 15. Juli 2008 mit folgender Begründung für eine Vereinigung der Burger- mit der Einwohnergemeinde eingesetzt.

In der Stadt Bern ist genug Geld für eine humane Sozialfürsorge vorhanden. Dazu müssen nicht einmal die grossen Firmen heranziehen. Es reicht, wenn die Burgergemeinde mit der Einwohnergemeinde vereinigt wird.

Die Burgergemeinde weist ein Vermögen von 800 Mio. Franken aus; wenn ihr Grundbesitz richtig bewertet wird, sind es weit über eine Milliarde Franken. Diesem Vermögen steht eine einzige gesetzliche Verpflichtung gegenüber: Die Burgergemeinde muss für die Fürsorgeleistungen ihrer Mitglieder aufkommen. Bei den Bernburgern haben im Jahr 2006 84 Menschen Fürsorgeleistungen bezogen, dies ist ein halbes Prozent der Bernburger. Bei der städtischen Bevölkerung sind 5 Prozent auf Fürsorgeleistungen angewiesen.

Die Burgergemeinde Bern ist ein Überbleibsel aus der Zeit vor der französischen Revolution. Das Vermögen der Burgergemeinde ist kein Privateigentum, es ist das Vermögen der Stadt Bern vor dem Einmarsch der Franzosen. Die politische Macht ist auf alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern übergegangen, genau gleich muss endlich auch das Vermögen an die Einwohnergemeinde gehen.

Alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern sollen demokratisch entscheiden, wie das Vermögen der Burgergemeinde und seine Erträge nach der Vereinigung zu verwenden sind. Es spottet jeder Demokratie, wenn nur die Nachkommen der Gnädigen Herren von Bern entscheiden können, welche Museen und welche Kulturveranstaltungen mit den Erträgen aus dem Vermögen gefördert werden sollen. Es spottet auch jeder sozialen Gerechtigkeit, wenn die Burgergemeinde wie bei der kommenden Überbauung Baumgarten Ost jede Wohnung um 50'000 Franken verbilligt. Leute mit kleinem Einkommen, die sich eine solche Wohnung trotz Verbilligung nicht leisten können, wären dringender auf Mietzinsreduktionen angewiesen.

Katrin Rieders Buch liefert noch ein weiteres Argument. In den 1930er Jahren war die Burgergemeinde eine Gefahr für die Demokratie. Sie hat vermögende burgerliche Faschisten über die Zünfte finanziell unterstützt und den Faschisten ihre Lokale (Zunftsäle und Casino) für Versammlungen zur Verfügung gestellt. Da die Burgergemeinde die braunen Flecken in ihrer Vergangenheit nur unter äusserem Druck aufarbeitet, muss man für kommende härtere Zeiten Schlimmes befürchten. Die Burgergemeinde könnte ihre Sympathie für undemokratisches, autoritäres Gedankengut wieder entdecken und ihr Vermögen für dessen Förderung einsetzen.

Aus diesen Gründen fragt die PdA Bern den Gemeinderat an:

1. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass es im Interesse der Einwohnergemeinde Bern liegt, das historische Relikt der Burgergemeinde aufzulösen und mit der politischen Gemeinde zu vereinigen?
2. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Bern, um diese Vereinigung voranzutreiben?
3. Ist der Gemeinderat bereit, beim Kanton auf diese Vereinigung hinzuwirken?